Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

49 (27.2.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag 1/2 9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 49 — Samstag, den 27. Februar 1932 — 103. Jahrgang

Ablehnung der Mißtrauensanträge

Die letzten Parteiredner vor der Abstimmung

Berlin, 26. Febr.

Reichstagspräsident **Löbe** teilte bei Eröffnung mit, daß der Abgeordnete Dr. Glatzel (DVp) sich wegen Krankheit auf 2 Tage hat beurlauben lassen. (Hört, Hört! und Heiterkeit.)

Abg. **Gottheiner** (Dn) protestiert unter dem Gelächter der Linken dagegen, daß trotz entgegenstehender Erklärungen der Regierung doch am Donnerstagabend der **Rundfunk die gestrige Reichskanzlerrede** nach der Schallplattenaufnahme verbreitet hat.

Präsident **Löbe** erklärt, für die Genehmigung dieser Uebertragung sei er allein verantwortlich. (Beifall bei der Mehrheit.)

Der Präsident stellte dann einen **Antrag der Deutschnationalen zur Beratung, der ihn auffordert, sein Amt niederzulegen.**

Abg. **Rosenberg** (NS.) wendet sich gegen die Ausführungen des Reichskanzlers. Mit seiner Bemerkung, Rosenberg habe 1918 noch nicht gewußt, welches sein Vaterland sei, habe Dr. Brüning das tragische Schicksal von 10 Millionen Auslandsdeutschen verspottet. Die folgenden Sätze werden von den Nationalsozialisten mit so lauten Beifallskundgebungen unterstrichen, daß sie auf der Tribüne unverständlich bleiben. Auch der augenblickliche Reichspräsident sei ja in einer Stadt geboren, die heute zu Polen gehöre.

Abg. Dr. **Frick** (NS.) beantragt die **Herbeirufung des Reichsfinanzministers Dr. Dietrich.**

Abg. **Torgler** (K.) erklärt, die Kommunisten würden für diesen Antrag stimmen unter der Voraussetzung, daß auch der kommunistische Redner vom Minister gehört wird. Im **Hammelsprung** wird der **nationalsozialistische Antrag mit 180 gegen 210 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen abgelehnt.** Vor der Beendigung des Hammelsprungs war Reichsfinanzminister Dietrich an seinem Platz erschienen. Er wurde mit Heiterkeit begrüßt. Als der Präsident die Ablehnung des nationalsozialistischen Antrages verkündet, erhebt sich der Minister und verläßt den Saal wieder, während die Mehrheit in stürmische Heiterkeit ausbricht.

Abg. **Bausch** (Chr.-soz. Volksd.) führt aus, seine Freunde seien immer die schärfsten Gegner des Systems gewesen, das den Einfluß der Parteien dem Wohl des Volkes voranstellen will. Gerade weil die Christlich-sozialen das Vaterland über die Partei stellen, wendeten sie sich gegen das System Hitler-Göbbels, das die unbedingte nationalsozialistische Parteiherrschaft aufrichten wolle. Der Redner erkennt die Bemühungen der Regierung zur Belebung der Wirtschaft an, äußert aber Bedenken gegen manche Einzelheiten der Notverordnung. Der notleidenden Landwirtschaft könne nicht mit den Methoden der Landbundpraxis allein geholfen werden. Der Abg. Dr. Kleiner (Dn) wird wegen eines Zurufes zur Ordnung gerufen. Sie, so fährt der Redner fort, anerkennen sogar Dr. Schacht als außenpolitische Autorität. Sie können es nicht ertragen, daß Dr. Brüning außenpolitische Erfolge erzielt. Mit positivem Christentum hat der Nationalsozialismus nichts zu tun.

Abg. Frau **Juchacz** (S.) betont nochmals die Notwendigkeit, in der Schicksalsstunde des Volkes auf die Stimme der deutschen Frauen zu hören. Wir Frauen wollen keinen Bürgerkrieg. Wir Frauen durchschauen die Hohlheit einer Politik, die sich als besonders männlich preist, die aber nur von Kurzsichtigkeit, Eitelkeit und Renommiersucht diktiert ist.

Abg. Dr. **Neubauer** (K.) wirft den Nationalsozialisten vor, daß sie nur bezahlte Gefolgsleute von Fritz Thyssens seien.

Während der Ausführungen des kommunistischen Redners nimmt Vizepräsident Gräf-Thüringen den Präsidentensitz ein, eine Tatsache, die im Hause deswegen viel beachtet wird, weil seit dem ersten Auszug der Nationalsozialisten und Deutschnationalen der deutschnationale Vizepräsident sich nicht mehr an der Verhandlungsleitung bei den Reichstagssitzungen beteiligt hatte.

Abg. Dr. **Weber**-Potsdam (Stv.) erklärt, er wolle seine Behauptung beweisen, daß die Nationalsozialisten auf dem Wege des politischen Mordes vorgegangen seien. Die ersten großen politischen Morde in Deutschland, Morde gegen Erzberger und Rathenau, seien von radikaler Seite begangen und von den Nationalsozialisten verherrlicht worden. Am 1. Juli 1931 schrieb der Angriff: „Man soll das rote Mörderpack mit Handgranaten und Maschinengewehren von den Straßen vertreiben." Am 22. Oktober 1929 führte der nationalsozialistische Führer Dr. Telschow in einer Versammlung in Neuhaus aus: „Wir werden den Kampf mit allen Mitteln führen. Im Kampf gibt es Leichen. Wenn es gegen den jüdischen Judenbagel geht, schreiten wir auch über Gräber." Dr. Göbbels hat am 16. Januar 1931 im Kriegervereinshaus in Berlin gesagt: „Die Spannung und Empörung in unseren Reihen ist bis zur Siedehitze gestiegen. Vielleicht findet sich darunter einmal einer, der seine persönliche Ehre identifiziert mit der Ehre der Partei und in der Weise, wie es ihm seine Ehre gestattet, wiederherstellt. Ich fordere nicht dazu auf, aber was der einzelne tut, können wir nicht kontrollieren. (Hört-hört-Rufe links: „So feige verstecken sich die Heuer.) In der Dienstvorschrift der nationalsozialistischen Sturmabteilungen wird von „blutiger Wahlschlacht und vom Auseinanderjagen von Marxistenhaufen mit blutigen Schädeln" gesprochen."

Die Verlesung eines natsoz. Liedes gegen die Juden wird von der Linken mit stürmischen Pfuirufen begleitet. Der Redner erklärt zum Schluß, gegen diese Mordhetze einer Partei, die sich „national" nennt, müsse mit den schärfsten Mitteln vorgegangen werden. (Beifall.)

Abg. **Geschke** (K.) ruft: Herr Gröner, was sagen Sie zu Ihren jüngsten Rekruten?

Abg. **Schulze**-Stapen (Dn.) bedauert, daß die Ernährungsfrage in der Aussprache nicht genügend Beachtung gefunden habe. Das sogenannte Hindenburg-Kabinett hat die Landwirtschaft sicher enttäuscht. Das Kabinett Brüning hat trotz Schiele und Schlange die deutsche Landwirtschaft in den Abgrund geführt. Die vordringliche Aufgabe der kommenden Regierung muß sein, den Osten zu besiedeln. Vorbedingung aber für jede Siedlung ist die Herstellung der Rentabilität der Landwirtschaft.

Abg. **Crispien** (S.) erklärt, kein anständiger Mensch könne seine so oft zitierte Aeußerung dahin auslegen, daß er dem Arbeiter die Liebe zum Vaterland abspreche. Er stehe auf dem Standpunkt des ermordeten Jaures, daß jede Nation ein Schatzhaus der Kultur sei, daß aber alle Völker sich zu einem Menschheitsreich zusammenschließen müßten.

Abg. Dr. **Rosenfeld** (SAP) macht der Regierung den Vorwurf, daß sie planmäßig die Errungenschaften der Arbeiterschaft abbaue. Von einzelnen Nationalsozialisten wird während dieser Rede „mähähä! gerufen. Von links wird darauf nach rechts gerufen: „Sie können den Ziegenstall nicht verleugnen". Rosenfeld erklärt, ihm und seinen Freunden stehe Thälmann tausendmal näher als Hindenburg.

Abg. Dr. **Föhr**-Baden (Z.) weist nationalsozialistische Angriffe auf die nationale Zuverlässigkeit des badischen Zentrums zurück. In allen deutschen Ländern stehe das Zentrum einmütig auf dem Standpunkt, daß ein Ostlocarno unannehmbar sein würde. Eine frühere Aeußerung des „Badischen Beobachter", die anders ausgelegt wurde, sei längst durch die Feststellung derselben Zeitung überholt worden, daß auf eine Revision der Ostgrenzen nicht verzichtet werden könne. Unter lauten Hört-Hört-Rufen der Mehrheit zitiert Abg. Dr. Föhr die Aeußerungen Adolf Hitlers zu ausländischen Pressevertretern, daß die Nationalsozialisten keineswegs die Wiederherstellung der alten deutschen Grenzen oder die Rückgabe aller Kolonien verlangten. Hitler habe auch die deutschen Südtiroler Italien preisgegeben und sich für ein Südlocarno ausgesprochen.

Abg. **Frank 2** (NS.) ruft: „Was ist denn Deutschland dem Zentrum?" — Abg. Frank wird zur Ordnung gerufen.

Abg. **Lucke** (WP.) wendet sich gegen die Behauptung, der Kanzler hätte die Stimmen der Wirtschaftspartei am 16 Oktober 1931 nur bekommen, als er in letzter, entscheidender Stunde einen Scheck über 500 000 Mark für die Deutsche Mittelstandsbank ausgehändigt hätte. Auf die Bitte der Wirtschaftspartei habe der Kanzler schriftlich bestätigt, daß an dieser von dem Abgeordneten Feder (NS.) aufgestellten Behauptung kein wahres Wort sei.

Abg. Dr. **Marx** (Z.) erklärt, wenn an Hand von Zitaten auch aus der Zentrumspresse versucht worden sei, zu beweisen, das Zentrum hätte seinen Standpunkt gegenüber der Person Hindenburgs geändert, so sei dem entgegenzuhalten, daß diese Zitate aus dem Zusammenhang gerissen worden seien und deshalb nicht als beweiskräftig anerkannt werden könnten. Der Redner betont, er habe damals auf seiner Versammlungsreise in Königsberg in wärmster Anerkennung Hindenburgs Verdienste um die Rettung Ostpreußens aus schwerer Kriegsgefahr hervorgehoben und unmittelbar nach der Wahl ein herzlich gehaltenes Glückwunschtelegramm an Hindenburg gerichtet. Damit sei der Beweis dafür erbracht, daß man solche Wahlkämpfe auch ritterlich und ehrenhaft ausfechten könne. Das Zentrum habe Hindenburg stets als einen Mann vorbildlicher Pflichttreue und Hingabe an das Vaterland geschätzt und es habe hierin seine Meinung nicht zu ändern brauchen.

Abg. Dr. **Everling** (Dn.) bezeichnet die Tatsache der Uebertragung der gestrigen Brüning-Rede im Rundfunk als typisch für die mangelnde Ehrlichkeit des Systems. Gegen den Pessimismus des Volkes könnten nur die Erfolge eines neuen Mannes und eines neuen Kabinetts helfen. Brüning sei der Gefangene des Systems geworden. Auch den greisen Feldmarschall habe man zum Gefangenen des Systems gemacht.

Abg. **Reinhardt** (NS.) beschäftigt sich mit der Wirtschafts- und Finanzpolitik der beiden Kabinette des Reichskanzlers. Dietrich habe sich mit seinem Optimismus bei der Veranschlagung der Steuereinnahmen in ganz ungeheuerlicher Weise verrechnet. Die Reichsfinanzen seien in viel traurigerer Verfassung, als es vom Finanzminister zugegeben werde.

Abg. Dr. **Spahn** (Dntl.) kommt auf die neuesten Berichte von der Genfer Abrüstungskonferenz zurück. (Abg. Ersing (Z.) ruft: Wie haben Sie sich vor dem Einzug der Franzosen in Straßburg verhalten?") Wollen Sie diese Anklage formulieren! (Ersing ruft: „Vor dem Einmarsch der Franzosen haben Sie Straßburg als einer der ersten verlassen!") Ich habe meine Pflicht in Straßburg bis zum letzten Moment getan. Ich fordere den Abgeordneten Ersing auf, unter Verzicht auf seine Immunität den gerichtlichen Wahrheitsbeweis für die gegen mich gerichtete elende Beschuldigung zu erbringen. Vom Zentrum ist es eine ganz besondere Gemeinheit. (Protestrufe im Zentrum.) — Präsident Löbe ruft den Redner zur Ordnung. — Wir fragen den Reichskanzler, ob er auf Grund der neuen Berichte den Leiter der deutschen Delegation, Nadolny, auf der Abrüstungskonferenz von Genf abberufen hat, weil er den vom Reichskanzler vertretenen deutschen Standpunkt preisgegeben hat. Erfolgt diese Abberufung nicht, dann müßte der ganze Reichstag einmütig aus diesem außenpolitischen Anlaß den Sturz des Reichskanzlers verlangen. (Beifall rechts.)

Reichsfinanzminister Dietrich

erwidert auf die vom Abg. Reinhardt erhobenen Vorwürfe und meint, diese Angriffe seien durch die Tatsachen in keiner Weise begründet. Der Minister erläutert nochmals die Reichsbeteiligung an der Stützung und Zusammenlegung von Großbanken. Die Regierung hatte alle Initiative angewandt, um die schwierigen Finanzen zu ordnen. Wir haben das deutsche Volk mit schweren Steuern belasten müssen. Wir mußten es tun, weil wir an den Hauptbestandteilen unserer Ausgaben, nämlich an den Kriegs-, Schulden- und Wohlfahrtslasten nichts wesentliches ändern konnten. Es ist nicht die Unfähigkeit der Regierung oder des Finanzministers, die uns die schweren Lasten aufgebürdet hat, sondern es liegt einfach daran, daß wir unsere Arbeitslosen nicht einfach verhungern lassen können. Abg. Reinhardt und andere nationalsozialistische Abgeordnete machen weitere laute Zurufe, die der Minister nur schwer übertönen kann. Minister Dietrich sagt die von Schacht und heute vom Abg. Reinhardt vorgebrachten Angriffe seien zwar schädigend für den deutschen Kredit, aber sie entsprächen nicht den Tatsachen.

Die Nationalsozialisten rufen fortwährend laut: „Die Schatzanweisungen! Warum erscheinen sie nicht im Monatsausweis?"

Minister **Dietrich** antwortet: Weil sie nur halbjährlich ausgewiesen werden. (Heiterkeit bei der Mehrheit, Widerspruch.)

Abg. **Ersing** (Z.) setzt die Auseinandersetzung mit dem Abg. Dr. Spahn fort.

Gegen 5 Uhr schließt damit die Aussprache. Es beginnen dann

die Abstimmungen

Der Wahltermin der Reichspräsidentenwahl wird, der Regierungsvorlage entsprechend, für den ersten Wahlgang auf den 13. März, für den eventuell notwendig werdenden zweiten Wahlgang auf den 10. April festgesetzt. Dafür stimmen sämtliche Abgeordnete aller Parteien (Heiterkeit und Rufe: Einheitsfront für die Regierungsvorlage.)

Es folgt dann die gemeinsame namentliche Abstimmung über die von den Nationalsozialisten, Kommunisten, Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei eingebrachten Mißtrauensanträge gegen das gesamte Reichskabinett.

Für diese Anträge stimmen mit den Antragstellern auch Landvolk und Sozialistische Arbeiterpartei. Alle übrigen Parteien stimmen dagegen. Bei der Deutschen Volkspartei nehmen außer den beurlaubten Abgeordneten auch die Abgeordneten Dr. Curtius und von Kardorff an der Abstimmung nicht teil.

Die Abstimmung ergibt die

Ablehnung des Mißtrauensantrages mit 289 gegen 264 Stimmen.

Das Abstimmungsergebnis wird von der Mehrheit mit Beifallsklatschen begrüßt.

Der Mißtrauensantrag der Deutschnationalen und Kommunisten gegen Reichswehrminister Dr. Gröner wird mit 305 gegen 250 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. Gegen diesen Antrag hat auch das Landvolk gestimmt.

Der von den Deutschnationalen gegen den Reichsfinanzminister Dietrich gestellte Mißtrauensantrag wird mit 291 gegen 250 Stimmen bei 11 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Die Auflösungsanträge werden mit 299 gegen 228 Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Zur Abstimmung wird dann der nationalsozialistische Mißtrauensantrag gegen den Reichstagspräsidenten Löbe sowie der deutschnationale Antrag gestellt, wonach der Präsident des Reichstages ersucht wird, sein Amt niederzulegen.

Die Frage, ob die Anträge gegen den Reichstagspräsidenten zulässig sind, wird hierauf in namentlicher Abstimmung mit 321 gegen 226 Stimmen bei einer Enthaltung verneint.

Abg. **Torgler** (Kom) beantragt, vor den weiteren Abstimmungen erst den **kommunistischen Antrag auf Einstellung der Tributzahlungen zur Abstimmung zu stellen, damit die Nationalsozialisten nicht der Entscheidung in dieser Frage ausweichen können. Gegen die Stimmen der Rechten wird der Antrag Torgler angenommen.** Der kommunistische Antrag, der nun vorweg zur Abstimmung kommt, besagt: Alle Tributzahlungen auf Grund des Versailler Friedensvertrages, insbesondere diejenigen, welche nicht unter das Hoover-Moratorium fallen, werden annulliert, die weitere Zinszahlung für solche Verpflichtungen wird verboten und im Uebertretungsfall bei Kapitalverschiebung bestraft.

Abg. Dr. **Frick** (NS.) beantragt getrennte Abstimmung über die beiden Absätze. Das wird jedoch mit den Stimmen der Sozialdemokratie abgelehnt. Dr. **Frick** erklärt, bei getrennter Abstimmung würden seine Freunde für den ersten Absatz und gegen den zweiten gestimmt haben. Durch die gemeinsame Abstimmung über den ganzen Antrag sei die Zustimmung den Nationalsozialisten unmöglich geworden. (Gelächter bei den Kommunisten und Rufe: „So sehen die Feinde des Weltkapitalismus aus!)

Erklärungen gleichen Sinnes wurden von den Deutschnationalen und vom Landvolk abgegeben und darauf **der kommunistische Antrag mit 369 gegen 75 Stimmen der Kommunisten und 108 Enthaltungen der Nationalsozialisten abgelehnt.**

Als der natsoz. Antrag auf **Aufhebung der Notverordnungen dem Haushaltsausschuß** überwiesen werden soll, beantragt Frick namentliche Abstimmung, mit 290 gegen 254 Stimmen wird die Haushaltsüberweisung beschlossen.

Ein natsoz. Antrag auf **Aufhebung der Beschränkungen der Versammlungs- und Pressefreiheit während der Wahlzeit wird abgelehnt.**

Auszug der Nationalsozialisten

Abg. Strasser (NS) gibt unter dem Lärm der Kommunisten eine Erklärung ab, daß seine Partei an der weiteren Abstimmung kein Interesse habe. Während die Kommunisten rufen:

Tributknechte! verlassen die Nationalsozialisten geschlossen den Saal.

Ein kommunistischer **Antrag auf Austritt aus dem Völkerbund** wird gegen die Antragsteller **abgelehnt**, ein christlichsoz. Antrag auf ungestörte Durchführung der Wahlkämpfe angenommen.

Reichstag hebt Groener-Erlaß auf.

T.U. **Berlin,** 26. Febr. Der Reichstag nahm den kommunistischen Antrag, den Erlaß des Reichswehrministers über Einstellungen in die Reichswehr unverzüglich aufzuheben, mit 226 gegen 173 Stimmen bei 38 Enthaltungen an. Dagegen wurden die weiteren kommunistischen Anträge, die Reichswehr nicht zu politischen in wirtschaftlichen und politischen Kämpfen einzusetzen, die Einschränkungen der politischen und gewerkschaftlichen Rechte der Unteroffiziere und Mannschaften aufzuheben, sowie den sogenannten Uhrenerlaß des Reichswehrministers aufzuheben, abgelehnt.

*

Die Berliner Blätter zu den Abstimmungsergebnissen.

T.U. **Berlin,** 27. Febr. Der an sich nicht unerwartete Ausgang der Abstimmungen im Reichstag wird von den Berliner Blättern eingehend besprochen. Die „Germania" spricht von einer klaren Entscheidung. Bei der politischen Wertung des Ergebnisses dürfe nicht übersehen werden, daß die 264 Stimmen, die von der Opposition aufgebracht wurden, nicht eine einheitliche Gruppe darstellten, die sich irgendwie zu einer positiven Arbeitsleistung zusammenfinden könnte. Der „Tag" sagt, der Reichstag habe sich seiner Rechte und Pflichten der Kontrolle über die Reichsregierung begeben aus Angst, eine Kabinettskrise könnte alles zum Stürzen bringen. Dafür aber habe die Nation das System unter Kontrolle genommen und das sei der erste Schritt zu seiner Ueberwindung. Der „Lokalanzeiger" bedauert, daß die Nationalsozialisten in der Stunde dem Reichstag den Rücken wandten, in der sie durch eine Beteiligung an den Abstimmungen mehr als einmal eine Mehrheit der Rechten hätten sichern u. eine solche des Brüning'schen Systemblocks hätten hindern können. Die „D.A.Z." schreibt: Für das Gesamtkabinett bilde die erwartete Mehrheit von 25 Stimmen eine hinreichende Grundlage zur Weiterarbeit bis zum nächsten Zusammentritt des Parlaments. Das „Berliner Tageblatt" weist darauf hin, daß die Mehrheit Brünings am Freitag nahezu ebenso groß wie bei der letzten Abstimmung im Herbst gewesen sei. Die „Vossische Zeitung" spricht den Wunsch aus, daß die Reichsregierung nun den Erlaß des Reichswehrministers, dem Wunsche des Parlaments entsprechend, zurückzieht. Die „Börsenzeitung" hebt hervor, daß es für die Regierung besser wäre, nicht von Siegen zu sprechen, da sie nur knapp eine Niederlage vermieden habe. Die „Deutsche Zeitung" weist darauf hin, daß das Ergebnis der Abstimmung höchst nebensächlich sei. Das Ziel der von der Nationalen Opposition durchgeführten großen politischen Aussprache sei die Klärung der politischen Fronten für die Reichspräsidentenwahl gewesen. Die tiefere Moral der volksparteilichen Tragikomödie sei die Unmöglichkeit heute noch in scheinbarer Opposition gegen Brüning zu stehen und gleichzeitig für die Wiederwahl Hindenburgs einzutreten. Der „Vorwärts" hebt hervor, daß die Ablehnung des Mißtrauensantrages gegen die Reichsregierung noch lange nicht eine Vertrauenskundgebung für sie bedeute. Sie bedeute vielmehr eine Sicherung der Regierung und vor allem die Durchkreuzung der Pläne jener, die mit Hilfe der Mißtrauensanträge die Regierung stürzen wollten, um sich selber an ihre Stelle zu setzen.

Curtius und von Kardorff aus der Volkspartei ausgeschlossen?

Berlin, 26. Febr. Nachdem durch den Verlauf der Abstimmung über die Mißtrauensanträge gegen das Kabinett Brüning im Reichstag bestätigt worden ist, **daß die Abgeordneten Dr. Curtius und von Kardorff sich nicht an der Abstimmung beteiligt haben, wird dem Nachrichtenbüro gesagt, daß beide Abgeordnete sich hiermit selbst aus der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei ausgeschlossen hätten.** Das sei die Folgerung aus dem gestern von der Fraktion gefaßten Beschluß auf Anwesenheitszwang. Welche Rückwirkungen das auf die Zugehörigkeit der beiden Abgeordneten zur Parteiorganisation selbst haben werde, stehe noch nicht fest, hänge aber nicht zuletzt von der Entscheidung der zuständigen Wahlkreisverbände ab.

Gedenket der hungernden Vögel!

Die Einbürgerung Hitlers

Braunschweig, 25. Febr. Die Nationalsozialisten eröffneten den Wahlkampf um die Reichspräsidentschaft mit 17 Versammlungen in der Stadt und Vororten. Im Konzerthaus verlas Minister **Klagges** eine Kundgebung zur Verleihung des deutschen Bürgerrechts an Adolf Hitler. In dieser Kundgebung wird erklärt, daß dieses Bürgerrecht Hitlers „von den Nutznießern des volksfeindlichen Systems bisher verweigert worden sei." Mit der Berufung Hitlers in den braunschweigischen Staatsdienst habe die braunschweigische Regierung zugleich eine Ehrenpflicht gegenüber Adolf Hitler erfüllt. Schon heute sei es sicher, daß diese Maßnahme historische Bedeutung haben werde. Der Minister dankte zugleich im Namen Adolf Hitlers allen, die diese Lösung durch ihre Mitwirkung ermöglicht haben, vor allem Minister Dr. Küchenthal und der Fraktion Bürgerliche Einheitsliste, die in vorbildlicher Einmütigkeit und Loyalität zum Gelingen beigetragen haben, die bewiesen, daß die braunschweigische Koalition sich vollauf bewährt habe.

Hitler ist mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Sachberaters bei der Berliner Gesandtschaft beauftragt, mit der besonderen Aufgabe, sich für die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen des Landes und zur Erlangung von Aufträgen für die braunschweigische Wirtschaft einzusetzen. Der neue Regierungsrat wird gebeten, umgehend seinen Dienst anzutreten und den Diensteid zu leisten.

*

Die Vereidigung Hitlers vollzogen

Berlin, 26. Febr. Die Eidesleistung des Regierungsrats Adolf Hitler hat heute nachmittag in der braunschweigischen Gesandtschaft vor dem braunschweigischen Gesandten Exzellenz Dr. Boden stattgefunden. Herr Hitler hat anschließend daran seine Dienstgeschäfte übernommen.

*

Hitler Ehrenbürger der Stadt Coburg

Coburg, 26. Febr. Der von der nationalsozialistischen Stadtratsfraktion eingebrachte Antrag auf **Ernennung Adolf Hitlers zum Ehrenbürger der Stadt Coburg wurde mit den Stimmen der Nationalsozialisten und des dem Stahlhelm angehörenden Oberbürgermeisters Rhelein angenommen.** Vier Mitglieder der Fraktion Schwarz-Weiß-Rot enthielten sich der Stimme. Die Sozialdemokraten hatten an der Sitzung nicht teilgenommen. Im Abstimmungslokal und auf den Tribünen kam es zu lärmenden Kundgebungen, sodaß die Polizei einschreiten, Saal und **Tribünen und im Anschluß daran das Rathaus räumen mußte.**

Grandi bei Nadolny

T.U. **Genf,** 26. Febr. Am Freitag nachmittag, der sitzungsfrei war, fanden vertrauliche Besprechungen statt. Außenminister Grandi-Italien stattete Botschafter Nadolny einen längeren Besuch ab, bei dem besonders die auf Samstag angesetzte Wahl des Präsidiums des politischen Ausschusses erörtert wurde. Von französischen Kreisen wird lebhaft versucht, die Wahl einer Persönlichkeit zu sichern, die eine, den französischen Wünschen entsprechende Geschäftsführung auch des politischen Ausschusses sichert. Auf deutscher Seite hält man es für unbedingt notwendig, daß eine einwandfreie, neutral denkende Persönlichkeit Präsident dieses Ausschusses wird.

Benesch hat als Hauptberichterstatter des Hauptausschusses Freitag abend unter Hinzuziehung der Vertreter einzelner Abordnungen mit der Ausarbeitung des allgemeinen Arbeitsplanes für den politischen Ausschuß begonnen. Von deutscher Seite wird dabei entscheidendes Gewicht auf die gleichberechtigte Einfügung der deutschen Abrüstungsvorschläge und auf ihre Gleichstellung mit dem Abkommensentwurf gelegt.

*

Vorbereitungen auf die Sondertagung der Völkerbundsversammlung

Genf, 26. Febr. Die Vorbereitungen für die am nächsten Donnerstag zusammentretende außerordentliche Völkerbundsversammlung sind im vollen Gange. Im Augenblick wird über die Wahl des Präsidenten verhandelt, für die der belgische Außenminister Hymans anscheinend die größten Aussichten hat, und über die Beteiligung der Nichtmitglieder des Völkerbunds, also insbesondere der Vereinigten Staaten und Rußland. Wahrscheinlich werden diese Staaten in einem von der Versammlung einzusetzenden Ausschuß Beobachter entsenden.

Deutschland

Einigkeit zwischen Berliner Brauereien und Lokalkommission.

T.U. **Berlin,** 26. Febr. Ueber die heutigen Verhandlungen der Brauereien mit der Lokalkommission der Gastwirtsvereinigungen Großberlins wird folgende gemeinsame Erklärung mitgeteilt:

„In der heutigen gemeinsamen Besprechung wurde festgestellt, daß die Forderung auf Senkung der Biersteuer in einem Ausmaß, das zu einer für den Verbraucher fühlbaren Ermäßigung der Ausschankpreise führt, für beide Gewerbe eine Existenzfrage bedeutet und daher auf das entschiedendste auch weiterhin vertreten werden muß. Beide Gewerbe werden in den jetzt schwebenden Fragen ständig in Fühlung bleiben.

Um den Uebergang der Parteiorganisation der D.V.P. Westfalen-Süd zur D.N.V.P. — Entscheidung vertagt.

T.U. **Berlin,** 27. Febr. Die Pressestelle der Deutschen Volkspartei teilt mit: Der Wahlkreisvorsitzende und der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Volkspartei des Wahlkreises Westfalen-Süd haben ohne Kenntnis der Partei Verhandlungen mit Herrn Abg. Hugenberg geführt, um die Parteiorganisation der Deutschen Volkspartei zur Deutschnationalen Volkspartei überzuführen. Am Freitag nachmittag fanden Sitzungen der zuständigen Körperschaften des Wahlkreises, des geschäftsführenden Ausschusses und des Gesamtvorstandes in Dortmund statt. Der Vorsitzende Hembeck legte einen fertigen Plan zur Ueberführung der D.V.P. in die D.N.V.P. vor und überraschte damit die zahlreich versammelten Vertrauensleute. Nach sehr langen und stürmischen Auseinandersetzungen, in denen für den Gesamtvorstand der Partei die Abgg. Dr. Hugo und Stendel sprachen, unterlag der Vorschlag des Wahlkreisvorsitzenden insofern, als die Versammlung die geforderte Entscheidung ablehnte und mit starker Mehrheit eine Vertagung auf zwei Wochen beschloß. In einer innerhalb dieser Zeit stattfindenden Versammlung wird der Parteiführer, Abg. Dingeldey, Gelegenheit nehmen, vor dem Wahlkreisverband Westfalen-Süd zu sprechen. Der Anschlag auf die Parteiorganisation der D.V.P. des Wahlkreises dürfte somit an dem festen Willen der überwiegenden Mehrheit der Vertreter gescheitert sein.

Ausland

Die französischen Parlamentsverhandlungen.

T.U. **Paris,** 26. Febr. Der Haushalt des Pensionsministeriums wurde am Freitag vormittag in der Kammer verabschiedet. Die Kammer trat daraufhin sofort in die Beratungen über den Haushalt des Handelsmarineministeriums ein.

Der Senat hat die Wahlreformvorlage, wie zu erwarten war, am Freitag abend, abgelehnt. Der Vorschlag des aktiven und passiven Frauenwahlrechts soll noch auf einer Sondersitzung getrennt behandelt werden.

Beschluß des Schweizer Bundesrates über die Beschränkung der Einfuhr

Bern, 26. Febr. Der Bundesrat hat einen zweiten Beschluß über die **Einschränkung der Einfuhr** erlassen. Er betrifft eine Reihe von Waren wie Eier, gewisse Lederwaren, Papier, Metallwaren, landwirtschaftliche Maschinen usw., die teils überhaupt nicht, teils zu den Ansätzen des Gebrauchstarifes nur mit einer besonderen Bewilligung eingeführt werden dürfen. Wo eine bewilligungslose Einfuhr zugelassen wird, sind die erhöhten Zollsätze angeführt. Die Vorschriften treten am 8. März in Kraft.

Ablehnung der Wahlreform im französischen Senat

Paris, 26. Febr. Der Senat hat heute mit sämtlichen Stimmen die von der Kammer angenommene Wahlreform abgelehnt. Der Berichterstatter Senator Cheron bezeichnete es als notwendig, die zweiten Wahlgänge, die sich bewährt hätten, beizubehalten.

Das Kreditausweitungsgesetz angenommen.

T.U. **New-York,** 27. Febr. Senat und Repräsentantenhaus haben am Freitag dem endgültigen Kompromißvorschlag zugestimmt, den der Bankenausschuß zu dem Gesetz über die Kreditausweitung bei den Bundesreservebanken ausgearbeitet hatte. Zur Inkraftsetzung des Gesetzes bedarf es jetzt lediglich noch der förmlichen Unterschrift des Präsidenten Hoover.

Ich warte auf deine Liebe

Roman von Gert Rothberg

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[42

„Eine Komödie wird unser gemeinsames Leben sein. Ob ich es ertragen werde? Wie erbärmlich ich doch eigentlich bin! Warum atme ich auf, weil er sein Wort nicht von mir zurückverlangte, was ich bei seinem unvermuteten Auftauchen annahm?" ging es ihr durch das Hirn.

Rein mechanisch zog sie sich um. Das weiße Spitzenkleid, der große Hut von gleicher Farbe, der Sonnenschirm aus rosa Seide, die zierlichen weißen Glacéhandschuhe, alles war vom besten und kleidete sie vorzüglich.

Elme stellte sich ans Fenster und wartete.

Drunten ging Baron Sekzöny über den Platz. Mit seinen feurigen schwarzen Augen sah er zu ihren Fenstern hinauf. Es lag etwas wie geheime Vertraulichkeit in diesem Blick, und Elme dachte:

„Dietrich! Wenn er es wüßte, daß der Baron mir täglich Blumen schickte! Tante Adelheid sagte, sie fände es harmlos, wenn auch reichlich unpassend, aber eben doch als eine Sache, der man keinerlei Gewicht beilegen dürfe."

Elme zog die schmalen Schultern hoch, als fröstle es sie. Dietrich würde anders über die Blumen und ihren Spender denken — ganz anders.

Elme zuckte zusammen.

Die Blumen, die köstlichen, duftenden Rosen im Vorzimmer. Der heutige Strauß würde noch die Visitenkarte enthalten.

Hastig durchquerte Elme das Zimmer, öffnete die Tür und zuckte zurück.

Dietrich Rheinsbergh stand dort und blickte spöttisch lächelnd auf die Blumen, dann auf sie.

„Sieh da, Elme! Kein Wunder, wenn du meine armen Blumen nicht einmal beachtet hast! Es waren allerdings nur Rosen aus Rheinsbergh, während diese hier mindestens das Stück fünf Mark kosten und aus dem vornehmsten Blumengeschäft des Ortes stammen. Das sind so Unterschiede! Was ist weiter dabei! Baron Sekzöny! Wie interessant! Ich hoffe aber, daß ich den Herrn gleichfalls kennenlernen darf. Etwas seltsame Begriffe muß er haben. Nun, das wird er mir jedenfalls in einer gemütlichen Auseinandersetzung gern erklären."

„Dietrich, deine Blumen, ich will sofort —"

Elme öffnete die Tür zum Salon. Dort lagen auf dem Tische schöne, dunkelrote, fast schwarze Rosen. Sie erfüllten mit ihrem köstlichen Duft das ganze Zimmer, und sie waren — von daheim, aus Rheinsbergh!

Elme wollte die Blumen holen, da umfaßte Rheinsberghs Hand die ihre mit fast schmerzhaft festem Griff.

„Nicht nötig, Elme! Die Blumen mögen bleiben, wo sie sind. Wir wollen gehen!"

Wortlos wandte sich Elme dem Ausgang zu. Und Rheinsbergh folgte ihr mit finsterem Gesicht, in den dunklen Augen Zorn und Mißtrauen.

* * *

Man war nicht in die Spielsäle gegangen! Hanne und Grete von Löwenried murrten, wovon niemand Notiz nahm.

So saßen sie recht mißvergnügt neben ihrer Mutter und spähten nach irgend etwas aus, was ein wenig Stimmung zu machen imstande wäre. Sie fanden bald das passende Objekt. James Rondell kam langsam durch den Saal, sah sich gelangweilt um. Verstohlen winkte Hanna ihm zu. Sie hatte den Verehrer daheim schon etwas vergessen. James Rondell war auch ein vorzüglicher Gesellschafter; er gab sich so blasiert und war es gar nicht. Der mußte unbedingt die Stimmung retten. Mochte der Himmel wissen, was Dietrich und Elme hatten. Nichts war mit ihnen anzufangen, und die Mama leistete ihnen bei dieser guten Laune Gesellschaft. So brauchte man sich auch nicht zu wundern, wenn man sich auf eigene Faust eine bessere Gesellschaft suchte.

James Rondell kam, klemmte das Monokel ein, sah fragend auf den ihn unbekannten Herrn, wurde vorgestellt und dachte:

„Aha!"

Dieses schadenfrohe „Aha!" galt dem Ungar, der dort drüben völlig ahnungslos am Büfett vorbeispazierte. Im Handumdrehen kam etwas mehr Geselligkeit auf, dafür sorgte James Rondell. Ihm gefiel der Verlobte der kleinen, schönen Elme. Das war ganz der richtige Schutz für das junge Mädchen. Dem Sekzöny gönnte er den Reinfall. Dieser Kerl war ihm widerwärtig gewesen vom ersten Sehen an. Da er aber nun einmal zum engsten Kreise der Fürstin Saboffsky gehörte, mußte er ihn mit in Kauf nehmen.

Elme lächelte zu James Rondell hinüber.

„Wie seltsam das ist. Man lernt sich kennen, kommt sich vor wie eine große Familie und trennt sich dann. Sieht sich unter Umständen niemals im Leben wieder."

Ganz versonnen war ihr Lächeln.

Rheinsbergh sah auf den lächelnden, kleinen Mund, und er dachte:

„Das erste Mal, daß Elme lächelt, seit ich hier bin! Und dieses Lächeln gilt dem jungen Amerikaner. Aber ihn hasse ich nicht. Er ist bestimmt ein offener, anständiger Mensch."

Aus diesen Gedanken heraus unterhielt er sich angeregt mit Mister Rondell.

Eine Gruppe erschien drüben an der Eingangstür.

Die Fürstin Saboffsky mit ihrem ständigen Gefolge.

Die schöne Frau, in einer wundervollen, extravaganten Abendtoilette aus scharlachrotem Samt erregte sofort die Aufmerksamkeit der gesamten Gäste.

Süß und leise spielte die Musik:

„Wen du geküßt, du süße Frau,
Der gibt sein Herzblut für dich;
Ich mag nicht Elsen, nicht Nixen schau'n,
Nur dich, nur dich!"

Fürstin Saboffsky warf den dunklen Kopf zurück. Die Brillanten sprühten auf und das perlende Lachen der schönen Frau erklang.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Baden

Aus dem Landtag

Karlsruhe, 25. Febr. Wie gemeldet, findet die nächste Vollsitzung des Landtags am Dienstag, den 1. März, nachmittags 3.30 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung stehen zunächst die Voranschläge des Landtags, des Staatsministeriums (in Verbindung damit die Mißtrauensanträge) und des Rechnungshofes. Dann folgt die Begründung und Beantwortung der Förmlichen Anfragen der Deutschnationalen und Nationalsozialisten über das Geschäftsgebaren der Bad. Bauernbank und der Zentralbezugs- und Absatzgenossenschaft des Bad. Bauernvereins. Weiter stehen zur Beratung die Haushaltsnotverordnung vom 9. Oktober v. J. und das 11. Notgesetz über Aenderungen im Staatshaushalt vom 17. Dezember v. J., damit in Verbindung die Erledigung der Förmlichen Anfrage der Nationalsozialisten betr. die Aufrückungssperre für die badischen Beamten. Der Antrag Schmidt-Bretten (NS.) betr. die Vereinigung von Gemeinden wird zusammen mit den Gesuchen des Verbands badischer Gemeinden u. a. zum gleichen Gegenstand beraten. Eine Reihe weiterer Anträge folgt, so daß die Sitzungen die ganze Woche andauern.

Durchführung des Schwerkriegsbeschädigtengesetzes

Die Durchführung des Schwerbeschädigtengesetzes erfolgt in Baden nach wie vor durch den Landesfürsorgeverband in engem Zusammenwirken mit den bei den Bezirksfürsorgeverbänden Mannheim, Karlsruhe, Pforzheim, Freiburg, Schopfheim und Konstanz gebildeten Schwerbeschädigtenabteilungen. Die in Baden vorhandenen einstellungspflichtigen Betriebe werden ständig überwacht. Am 1. Januar 1931 standen in Baden **17 948 Personen unter dem Schutze des Schwerbeschädigtengesetzes.** Davon waren: 15 100 kriegsbeschädigte, 882 unfallbeschädigte und 1966 nach Paragraph 8 SBG. gleichgestellte Personen. Von diesen insgesamt unter dem Schutze des Schwerbeschädigtengesetzes stehenden Personen waren zu dem angegebenen Zeitpunkt: a) in Berufsausbildung 7, b) als freie Gewerbetreibende, selbständige Handwerker und Landwirte tätig: 3242, c(völlig arbeitsunfähig (Sieche, Geisteskranke): 1705, d) arbeitsfähig, jedoch arbeitslos: 1537. Demnach befinden sich in Arbeit: 11 457 Schwerbeschädigte bezw. diesen gleichgestellte Personen.

Bad. Finanzausgleich zwischen Land und Gemeinden

Karlsruhe, 25. Febr. Der Badische Städteverband und der Badische Städtebund haben, wie schon kurz berichtet, dem Landtag eine Denkschrift vorgelegt, in der die verschiedenen Aenderungen eingehend dargestellt sind, die der badische Finanzausgleich zwischen dem Lande und den Gemeinden in den letzten 10 Jahren erfahren hat. Die Denkschrift weist darauf hin, daß bei der Aufgabenverteilung vor allem die **ungeheuere Steigerung der kommunalen Fürsorgelasten** das Belastungsverhältnis zwischen Land und Gemeinden in den letzten Jahren vollständig verschoben hat. Bei dem Lande fehle eine entsprechende Mehrbelastung sowohl in der Wohlfahrtspflege wie in jedem anderen Verwaltungszweige. Auch auf den übrigen Gebieten der Lastenverteilung, namentlich dem **Schulwesen,** dem **Wegebau** und dem **Polizeiwesen,** sei der Finanzausgleich wiederholt zum Nachteile der Gemeinden geändert worden.

In der Denkschrift wird dann weiter dargelegt, daß gleichzeitig auch die Einnahmequellen der Gemeinden in zunehmendem Maße vom Land in Anspruch genommen worden sind, sodaß der Finanzausgleich auch von dieser Seite her eine dauernde Verschiebung zum Nachteile der Gemeinden erfahren hat. So ist der Anteil der Gemeinden an den Reichsüberweisungen aus der Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer wiederholt herabgesetzt worden. Bei den Realsteuern mache sich nachteilig bemerkbar, daß das Land diese Steuerquelle sehr stark für sich ausschöpfe. Bei der Gebäudesondersteuer sei das Beteiligungsverhältnis gleichfalls wiederholt zum Nachteile der Gemeinden geändert worden. An der Kraftfahrzeugsteuer seien in Baden die Gemeinden im Gegensatz zu den meisten anderen deutschen Ländern überhaupt nicht beteiligt. Die Mineralwassersteuer wurde für die Jahre 1932 und 1933 ganz ausgesetzt.

Auf Grund genauer zahlenmäßiger Erhebungen wird dargelegt, daß die vom Reiche bisher getroffenen Maßnahmen zur Erleichterung der Notlage der Gemeinden keineswegs ausreichen, um die Lastensteigerung und die Einnahmerückgänge auszugleichen. Die Städte richten daher an den Landtag die **dringende Bitte, sofort durchgreifende Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Gemeinden zu ergreifen.** Vor allem wird die Beseitigung der von der badischen Regierung noch in dem letzten Jahre vorgenommenen Einnahmekürzungen und Mehrbelastungen gefordert. Insbesondere müsse der **Lehrerbeitrag** wieder aufgehoben werden. Angesichts des katastrophalen Anwachsens der Fürsorgelasten wird verlangt, daß der Landeszuschuß zu dem Aufwand der Gemeinden für die **gehobene Fürsorge** in dem früheren Umfange wieder hergestellt werde und daß sich das Land darüber hinaus an dem Aufwand der Gemeinden für die Wohlfahrtserwerbslosen beteilige. Ferner müsse der finanziellen Notlage der Gemeinden durch eine Aenderung der schlüsselmäßigen **Verteilung der Reichsüberweisungssteuern** und der Gebäudesondersteuer sowie durch eine Beteiligung der Gemeinden an der Kraftfahrzeugsteuer Rechnung getragen werden.

Karlsruhe, 26. Febr. (Unrentabler Regiebetrieb.) Die städtische Weinkellerei Karlsruhe wird jetzt aufgelöst. Die noch vorhandenen Weine werden abgestoßen. Mit der städtischen Weinkellerei verschwindet ein Regiebetrieb von der Bildfläche, der der Stadt schon ziemlich viel Geld gekostet hat.

Birkenfeld b. Pforzheim, 26. Febr. (Interessante Feststellung.) Die Berufsgenossenschaft hatte beanstandet, daß beim Tode des 55jährigen Steinhauers Gottlob A. die Angehörigen als Todesursache das berufliche Lungenleiden, die sog. „Steinhauerkrankheit", angegeben hatten. Die seit fünf Wochen beerdigte Leiche wurde ausgegraben, die sich zur allgemeinen Ueberraschung völlig erhalten und ohne jegliche Verwesungsspuren war, ein Umstand, der auf den dicken Lehmboden zurückzuführen ist, in dem das Grab liegt. Der Befund des sachverständigen Professors entschied zugunsten der Witwe.

Mannheim, 26 Febr. (Protest des Stadtrats.) Der Stadtrat Mannheim bedauert die Absicht der Staatsregierung, den Sitz der Badischen Bank von Mannheim nach Karlsruhe zu verlegen. Die Badische Bank verdankt ihre Entstehung der Initiative von Persönlichkeiten des Mannheimer Wirtschaftslebens. Schon bei ihrer Gründung entstanden Meinungsverschiedenheiten darüber, ob sie ihren Sitz in Mannheim oder Karlsruhe haben sollte. Durch badisches Landesgesetz ist dieser Streit damals zugunsten Mannheims entschieden worden. Das Gesetz besteht heute noch zu Recht und kann nur durch ein neues ordentliches Gesetz, nicht aber durch einen Beschluß der Generalversammlung der Badischen Bank umgeändert werden. Der Stadtrat Mannheim richtet an die badische Regierung das dringendste Ersuchen, die geplante Verlegung nicht vorzunehmen.

Heidelberg, 26. Febr. (Wechsel bei der DD.-Bank.) Der langjährige Direktor der Heidelberger Filiale der Deutschen Bank und Diskonto-Gesellschaft, Heinrich Fremerey, tritt zum 1. April d. J. in den Ruhestand. Sein Nachfolger wird der bisherige Direktor der Freiburger Filiale, Finke. Die Freiburger Filiale soll unmittelbar Berlin unterstellt werden und als Direktor dieser Filiale Freiburg wird der bisherige Direktor der Mannheimer Filiale, Kurt Bassermann, nach Freiburg gehen.

Dossenbach (Amt Säckingen), 26. Febr. (Kleine Ursache.) Der Waldhüter Schönauer stach sich eine Tannennadel in die Hand. Er beachtete diese Verletznug nicht, bis sich Blutvergiftung einstellte, so daß ihm der Arm abgenommen werden mußte. Aber auch das half nichts mehr. Schönauer ist nunmehr an den Folgen der Blutvergiftung gestorben.

Kembs, 26. Febr. (Explosionsunglück.) Bei Kembs fand der Elektriker Antonio Costa eine aus dem Kriege stammende Granate, die er mit einem Hammer bearbeitete. Die Granate explodierte und Costa wurde auf der Stelle vollständig zerrissen, ebenso der 15 Jahre alte Bruno Fornasier. Der 32 Jahre alte Mechaniker Bradel wurde durch Sprengstücke schwer verletzt, obwohl er in erheblicher Entfernung vom Unglücksort stand. Bradel hat u. a. das rechte Bein verloren und außerdem schwere Kopfverletzungen erlitten. Er schwebt in Lebensgefahr.

Bad Peterstal, 26. Febr. (Bäckerlehrling als Brandstifter.) Morgens gegen 5 Uhr brannte das Anwesen des Bäckermeisters Oskar Schmiederer nieder. Da Gefahr für die benachbarte katholische Kirche bestand, wurde die Oberkircher Motorspritze zur Hilfeleistung herbeigerufen. Der Lehrling des Brandgeschädigten, Schanzenbacher, wurde unter dem Verdacht, den Brand gelegt zu haben festgenommen. Man fand bei ihm eine Zeitung, in der eine geschilderte Feuersbrunst rot unterstrichen war und anderes belastendes Material. Der Lehrling hatte sich noch bei den Löscharbeiten beteiligt. Der Schaden beträgt 30 000 RM.

Villingen, 26. Febr. (Die Falschmünzer.) Die hier hergestellten falschen Fünfmarkstücke sind ziemlich plumpe Nachahmungen, die mit primitivem Werkzeug angefertigt wurden. Der Schwindel wurde entdeckt, als einer der Beteiligten mit einem solchen Falschstück in einem Laden Zigaretten bezahlen wollte. Das Falschgeld wurde von der Ladeninhaberin sofort als solches erkannt.

Müllheim, 26. Febr. (Keine Konzession.) Der Bezirksrat Müllheim hat das Gesuch der Frau W. Wechsler zur Erteilung der Schankerlaubnis in der „Alten Post" abgelehnt. Die „Alte Post" an der Landstraße Basel—Freiburg gelegen, hat historische Bedeutung durch Johann Peter Hebels bekanntes Lied „Z' Mülle an der Post" erhalten.

Freiburg, 26. Febr. (Tödlicher Unfall.) Vormittags wurde in einem Hofe der Gutleutstraße ein 50 Jahre alter Hilfsarbeiter zwischen eine Zugmaschine und einen beladenen Kohlenwagen eingeklemmt und getötet.

Wovon man spricht

„Wanzensuppe, wochenlang nur Wanzensuppe!"

Warschau, 26. Febr. Die Suppe, von der hier die Rede ist, darf sich rühmen, ein echt polnisches Erzeugnis zu sein. Sie wurde lange Zeit den Offizieren im Warschauer Militärkasino aufgetragen. An sich nicht ohne Wohlgeschmack, hatte sie einen einzigen Fehler, sie war mit schwimmenden Wanzen garniert! Es ist begreiflich, daß diese kulinarische Neuerung bei den Tischgästen des Kasinos keinen ungeteilten Beifall fand. Man schimpfte, beobachtete, überwachte und untersuchte, doch immer wieder begab es sich, daß die bekannten Haustierchen auf der Suppe herumschwammen. Schließlich aber wurde der Schuldige gefaßt. Durch einen Zufall entdeckte man, daß der Koch tagtäglich ein mit Wanzen gefülltes Schächtelchen in die Küche mitbrachte, um dann verstohlen den appetitlichen Inhalt in den Suppentopf zu streuen. Der Grund aber war, daß dieser durch eine so verschmitzt eingefädelte Intrige die ihm unbequemen Aufwärterinnen von ihren Posten verdrängen wollte. In seiner vor Schmutz starrenden Wohnung wurde bei der Untersuchung eine regelrechte Wanzenzucht gefunden, die ihm die Beschaffung dieser neuartigen Suppeneinlage in geradezu unbeschränkter Menge mühelos gestattete. Nun sitzt der Koch im Arrest.

Der überzählige Tag

Wie die Schaltjahre entstanden

Den 29. Februar begrüßen wir wie jeden seltenen Gast mit besonderer Freude. Nur alle vier Jahre kommt er zu uns, und es ist uns, als bekämen wir diesen Tag geschenkt. In Wirklichkeit leben wir natürlich durch die Schaltjahre nicht um einen Tag länger, weil die tatsächliche Dauer eines Jahres länger ist, als 365 Tage. Das Kalenderjahr, das auf dem mittleren tropischen Sonnenjahr beruht, dauert genau 365 Tage fünf Stunden, 48 Minuten und 45,97 Sekunden. Der jährliche Ueberschuß von fast sechs Stunden wurde durch die Einführung von Schaltjahren wieder ausgeglichen, indem der Monat Februar alle vier Jahre um einen Tag verlängert wird. Aber auch dann ergibt sich noch keine völlig genau stimmende Zeitrechnung. Mit den Schaltjahren hat man des Guten etwas zuviel getan. Wir würden im Laufe der Jahrhunderte der tatsächlichen Zeitrechnung vorauseilen und, um auch diese Differenz zu beseitigen, ist im gregorianischen Kalender die Bestimmung getroffen worden, daß zwar an sich jedes vierte Jahr ein Schaltjahr ist, daß aber die Jahre, deren Jahreszahl durch 100 teilbar ist, nicht als Schaltjahre gerechnet werden. Deswegen waren z. B die Jahre 1900 ebenso wie 1800 und 1700 keine Schaltjahre. Das Jahr 1600 und ebenso das Jahr 2000, 2400 usw. werden dagegen Schaltjahre sein. Diese Sonderbestimmung gilt deshalb, weil bei der bisher beschriebenen Regelung die Zeitrechnung der wirklichen Zeit nachhinken würde.

Also ganz so einfach ist die Festsetzung des Kalenders nicht gewesen, und im Verlauf von zwei Jahrtausenden mußten verschiedene Kalenderreformen durchgeführt werden. Mit der augenblicklich vom Völkerbund bearbeiteten Kalenderreform haben die früheren allerdings weniger zu tun; denn das Ziel der neuen Reformbewegung besteht vor allem darin, die Ungleichheit der Monate, die 28 (im Schaltjahr 29) 30 und 31 Tage haben, möglichst zu beseitigen.

Schon im 14. Jahrhundert v. Chr. war den Aegyptern und Babylonern durch Beobachtung des heliakischen Frühaufganges des Sirius die Dauer des Jahres mit 365¼ Tag bekannt. Neben dem Sonnenjahr gab es aber auch Mondjahre von 12 Monaten, die abwechselnd 29 und 30 Tage, im ganzen 354 Tage hatten.

Die erste große Kalenderreform des römischen Kalenders nahm im Jahre 717 v. Chr. Numa Pompilius vor. Er ersetzte das Mondjahr durch ein Sonnenjahr und anstelle des bis dahin in 10 Monate eingeteilten Jahres trat das Jahr mit 12 Monaten. Der März wurde als erster Monat des Jahres entthront und ihm der Januar, der nach dem Gotte Janus, der Gott des Anfangs genannt wurde, vorangestellt. Der Februar bekam den letzten Platz. Er war der Ausgangsmonat des Jahres und bekam seinen Namen von den Reinigungen Februa die am Fest der Luperkalien zum Schluß des Jahres vorgenommen wurden. Es war nicht mehr als billig, daß sich dieser Monat mit den noch übrig bleibenden 29 Tagen begnügen mußte und damit zum kürzesten Monat des Jahres wurde.

Prestigerücksichten haben dann dazu geführt, den Februar noch um einen weiteren Tag zu verkürzen. Als der julianische Kalender im Jahre 46 v. Chr. eingeführt wurde, trug die Mehrzahl aller Monatsnamen noch die Zahl, die sie im alten römischen Kalender hatten. Daß dies mit der tatsächlichen Zählung nicht übereinstimmte, und der September (septem gleich sieben), der Oktober (okto gleich acht) usw. nicht mehr der siebente und achte, sondern in Wirklichkeit schon der achte und neunte waren, störte niemand. Zu Ehren Cäsars war nun der fünfte Monat des Jahres in Julius umbenannt worden. Er hatte 31 Tage. Nach Einführung des julianischen Kalenders beschloß man, auch einen Monat zu Ehren des Kaiser Augustus umzubenennen, und zwar wurde der auf den Monat Julius folgende Monat Augustus genannt. Zugleich mit der julianischen Kalenderreform rückte der Monat Februar auf den zweiten Platz. Man hielt es nun für nicht ehrerbietig, daß der Monat August weniger Tage haben sollte als der Monat Juli und daher bekam der August 31 Tage. Woher nehmen, wenn nicht stehlen? Der Monat Februar mußte daran glauben. Ihm wurde zugunsten des Monats August ein Tag abgenommen, sodaß er seit dieser Zeit nur noch 28 Tage hat, Juli und August dagegen 31 Tage. Da man inzwischen aber gemerkt hatte, daß man mit 365 Tagen für das Jahr nicht auskam, bot die Einführung der Schaltjahre Gelegenheit, dem Februar alle vier Jahre wieder seine 29 Tage zu geben und ihn damit für den Raub zugunsten des Monats August zu entschädigen.

Als der julianische Kalender eingeführt war, differierte der damals geltende römische Kalender um 67 Tage von der tatsächlichen Zeitrechnung. Bereits zur Zeit der Kirchenversammlung zu Nicäa 325 n. Chr. war eine neue Zeitdifferenz eingetreten; denn da 129 Jahre des julianischen Kalenders um ungefähr einen Tag zu groß sind, fiel das Frühlingsäquinoktium statt auf den 24. März bereits auf den 21. März. Den wahren Grund dieses Unterschiedes erkannte man erst später.

Im 16. Jahrhundert berief Papst Gregor der Dreizehnte eine Kommission, der berühmte internationale Mathematiker angehörten, ein, die die von dem Italiener Luigi Lilio vorgeschlagene Reformation des gregorianischen Kalenders annahm. Es waren seit der Einführung des julianischen Kalenders ungefähr 13 mal 129 Jahre vergangen und damit eine Zeitdifferenz von 13 Tagen eingetreten. Durch eine Bulle vom 24. Februar 1482 bestimmte nun Papst Gregor der Dreizehnte, daß im Oktober dieses Jahres 10 Tage ausfallen sollten, auf den 4. Oktober folgte gleich der 15. Oktober. Man wurde damit zugleich der Bestimmung des Konzils zu Nicäa gerecht, die das Frühlingsäquinoktium auf den 21. März festgelegt hatte. Der gregorianische Kalender nahm nun eine weitere wichtige Aenderung vor, indem die Jahrhunderte nicht mehr als Schaltjahre gerechnet wurden, mit Ausnahme der durch 400 teilbaren Zahlen.

Das Schaltjahr, dem wir den 29 Februar verdanken, ist also schon fast 2000 Jahre alt. Aber die eigentliche Kalenderbereinigung liegt knapp vier Jahrhunderte hinter uns.

Ungewisse Zukunft – auch für Deine Tochter –

wenn Du einmal nicht mehr da sein wirst – wenn sie heiraten möchte, aber das Geld für die Aussteuer fehlt – und auch die Mutter ihr nicht helfen kann:

deshalb Aussteuer-Versicherung!

Todes-Anzeige.

Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Großvater, Bruder und Onkel

Karl Berger

Schuhmacher u. Landwirt

im Alter von 68 Jahren uns plötzlich durch Unglücksfall entrissen wurde.

Grünwettersbach, 27. Februar 1932.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Frau Katharina Berger
geb. Löffler
nebst Kinder.

Die Beerdigung findet Sonntag nachmittag 3 Uhr in Grünwettersbach statt.

Großer Preisabschlag

Grabdenkmäler

in allen Gesteinsarten und Formen erstelle unter fachmännischer Ausführung mit 20 % Nachlaß ab Lager oder Neuanfertigung.

Besichtigen Sie bitte mein Lager.
Kein Kaufzwang. Bei Barzahlung 5 % Rabatt.

Adolf Meier
Durlach-Aue Hauptstraße 27
Telephon 604

Herrichten alter Grabdenkmäler zu den billigsten Preisen.

Bad. Frauenverein vom Roten Kreuz

Zweigverein Durlach.

Am **Montag, den 29. Februar 1932,** abends ½8 Uhr, beginnt in unserer **Kochschule,** Hauptstraße 7, ein

Kurs für Gesundheitspflege im Haushalt.

Der Unterricht findet jeweils Montags, Mittwochs u. Freitags von ½8—½10 Uhr statt. Dauer des Gesamtkurses 8 Abende. Teilnehmergebühr 20 ℳ je Abend.

Durlach, den 24. Februar 1932.

Der Vorstand.

Ein Geschenk für's Leben

ist eine zuverlässige

ZentRa-Uhr

Sie ist nicht nur ein stetes Andenken, sondern gibt auch die Befriedigung, einem Konfirmanden **etwas Nützliches** geschenkt zu haben.

Nur zu haben bei

H. Meissburger

Inh.: A. Fischbach, Uhrmachermstr.

Abonnenten kauft bei unseren Inserenten!

---

heißt, die Zukunft sicherstellen. Auch für Dich können Notzeiten kommen, drum spare bei der

Bezirks-Sparkasse Durlach
Oeffentliche Verbandssparkasse

Auch Südwein ist billiger geworden:

Malaga, reiner Originalwein		1.30
Malaga, garantiert über 30 Jahre alt		2.40
Samos, feiner Kinderwein		1.70
Hochpriorato, alter Kräftigungswein		1.50
Alter Portwein, würzig		2.50
Sherry von Xeres, ganz alt		2.80
Original-Madeira	1.— 1.45	2.60
Wermut Original Urbano		1.20

und viele andere Sorten, bei

Schurhammer, dem Haus für gute Weine in der Blumenstr.

Sonntag letzter Tag des DOPPEL-SCHLAGER-PROGRAMMS

I.
Der deutsche Tonfilm
Die Jugendgeliebte
Eines Dichterfürsten große Liebe
Wochentags: Anfang 7 und 8.30

II.
Der Fox-Polarfilm
Ein Grab am Nordpol
Ein Film, den man gesehen haben muß
Sonntag: Anfang 5, 7 und 8.30

Winternothilfe Durlach

Mit Genehmigung des Badischen Bezirksamts — Polizeidirektion — Karlsruhe veranstalten wir am **Sonntag, den 28. ds. Mts.** eine zweite

Straßensammlung

und an den darauffolgenden Tagen auch eine

Haussammlung

zugunsten der Winternothilfe der Stadt Durlach.

Weitere Mittel sind zur Linderung der Not unserer Mitbürger notwendig. Noch ist der Winter mit seiner gerade jetzt herrschenden Kälte nicht vorüber. Es gilt, den Notleidenden Brennstoff zu verschaffen, damit sie sich vor Kälte schützen können. Mit einer dieser Tage stattfindenden Brennstoffausgabe sind unsere Mittel erschöpft. Wenn wir auch im folgenden Monat noch Hilfe leisten wollen, bedürfen wir dringend der weiteren Unterstützung. Darum

Helft!

Gebt nochmals ein Scherflein zur Durlacher Winternothilfe!

Die im Arbeitsausschuß vertretenen privaten Wohlfahrtsorganisationen haben sich in dankenswerter Weise mit einer Schar freudiger Helfer zur Durchführung der Sammlung bereit gefunden.

Erschwert den Sammlern ihre Mission nicht, sondern tretet ihnen freundlich gegenüber. Wer nicht in der Lage ist etwas zu geben, tue dies den Sammlern gegenüber in ruhiger Art kund.

Spenden wollen nur an solche Sammler gegeben werden, die im Besitze eines gesiegelten Ausweises und einer mit dem Siegel versehenen Sammelliste sind.

Durlach, den 15. Februar 1932.

Der Arbeitsausschuß der Winternothilfe.

Militär-Verein

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser lieber Kamerad

Julius Hettenbach
Gend.-Oberwachtmeister a. D.

gestorben ist.

Beerdigung Samstag nachmittag 3 Uhr.
Antreten ½3 Uhr in der Blume
Um zahlreiche Beteiligung bittet
Der Vorstand.

V. f. R.

— **Stadion** —

Sonntag, 28. Febr. nachmittags ½3 Uhr gegen

T. u. Sp.V. Schöllbronn I.

Anstricken

Aufmaschen und Anfußen sämtl. Strümpfe erhalten Sie schnellstens bei

Paul Burchard
Durlach
Hauptstraße 56a

Fräulein gibt **Mädchen-Anleitung** in allen Handarbeiten. Zu erfragen im Verl.

Turnverein Durlach-Aue E.V.

veranstaltet morgen **Sonntag, den 28. Februar 1932, abends ½8 Uhr,** in seinem **Volkshause** einen

Operetten-Abend

„Das Fischermädel von Helgoland"

— Große Volksoperette in 3 Akten —

Leitung: Herr Chormeister Kurt Ansmann

Saalöffnung 6 Uhr! Saalöffnung 6 Uhr!

Jedermann ist freundlichst eingeladen

Der Turnrat.

NB. Reservierte Plätze sind spätestens bis 4 Uhr nachmittags beim Volkshauswirt zu bestellen.

Elisabeth Schmitt

Durlach, Bismarckstraße 14 II

Werkstätte für einfache u. elegante Damenbekleidung zu zeitgemäßen Preisen.

Junge Mädchen, welche die Damenschneiderei erlernen wollen, können sich melden.

Weil ich billig kochen soll
Kauf den Gasherd ich bei **Stoll**
Installationsgeschäft
Leopoldstr 4 Tel. 232
Schloßplatz.

Guterhaltenes **Herrenrad** für 15 ℳ zu verkaufen
Aue, Waldhornstr. 15.

Opel

4/16 Limousine, fahrbereit, in gutem Zustande billig zu verkaufen.
Angebote unt. Nr. 158 an den Verlag.

Milch

hat abzugeben
Aue, Lindenstraße 30.

Acker

m. Obstbäumen, Johannisbeerstöcke, 12 Ar im Breitenwasen zu verpachten.
Anfragen im Verlag.

Inserieren bringt Erfolg!

Sonntag, den 28. Februar, nachm. ¾3 Uhr

A.S.V. I.

gegen

Union K'he.

Vorher II. Mannschaften.

Großer Parkplatz — Telefon Nr. 304

„Blume" Durlach

Fritz Mannherz, Metzgermeister, Gastwirt
Eigene Schlachtung — Trockenluftkühlanlage

Heute Samstag

Großer Ball

Erstkl. Orchester / Feenhafte Beleuchtung!

Jeden Samstag ab 4 Uhr
frische Schweinsknöchel und -Ripple.
Spezialität: Bock-Schweinsbratwürste!

Ab 5 Uhr
Anstich der beliebten Riegeler-Meisterquell und Kraftbier nach Kulmbacher Art!
— Ohne Preisaufschlag —

Morgen Sonntag:
Unterhaltungs-Konzert!

Gute bürgerl. Küche / Reine Weine

„Parkschlössle"

Heute **TANZ**

Im Städtischen Konzerthaus
Samstag, 27. Febr. 32
*G 18 Th.-Gem.
601—800

Der Troubadour

Von Verdi
Dirigent: Schwarz
Regie: Pruscha
Mitwirkende:
Esselsgroth, Haberkorn, Winter, J. Grötzinger, Hospach, Kiefer, Nentwig, Oerner, Lindemann
Anfang 20 Uhr
Ende 22.30 Uhr.
Preise D (0.90—5.70 ℳ)

Sonntag, 28. Febr. 32
Nachmittags
Zu kleinen Preisen

Im weißen Rößl

Singspiel von Ralph Benatzky.
Dirigent: Schwarz.
Spielleitung: Herz.
Mitwirkende:
Blank, Genter, Seiberlich, Seiling, Müllich, Brand, Ernst, Gemmecke, J. Grötzinger, Höcker, Hospach, Kalnbach, Kloeble, Luther, Mehner, P. Müller, Prüter, Hölzer, G. Grötzinger, Jung, Kilian, Kleinbub, Kuhr, Lindemann, Meyer, H. Müller, Nagel, Sonntag.
Anfang 15 Uhr
Ende 18 Uhr.
Preise B (0.70—4.20 ℳ)

Abends
*B 18 Th.-Gem.
501—600

Der Wildschütz

Komische Oper von Lortzing.
Dirigent: Schwarz.
Spielleitung: Pruscha.
Mitwirkende:
Esselsgroth, Fischbach, Haberkorn, Tubach, Kiefer, Löser, Schuster, Lindemann.
Anfang 20 Uhr
Ende 22.45 Uhr.
Preise E (1.00—6.30 ℳ)

Neuwertige **Badeeinrichtung** bestehend aus: Gußemaill. Badewanne, Gasbadeofen und Gasheizofen für 160 ℳ im Auftrag zu verkaufen bei **Wilhelm Stoll** Leopoldstraße 4.

OSTERN UND PFINGSTEN bringt Arbeit ins Haus.

Wir offerieren das konkurrenzlose Album

WIENER MODELLE

50 Seiten mit über 250 geschmackvollen, leicht ausführbaren Original-Modellen für nur ℳ 1.20 portofrei gegen Voreinsendung in Briefmarken.

Handgefertigte Schnitte

werden in Größe II (44) zum Sonderpreise von ℳ 0.90 portofrei geliefert. Schnitte in anderen Größen und nach Maß werden auf Wunsch nach Tarif angefertigt

Verlag BACHWITZ A. G.
Wien, III., Löwengasse 47.

Eine schwere Wohnküche

bestehend aus:
1 Büfett
1 Kredenz
1 Tisch
2 Stühle
1 Hocker
125.-

Wir haben diese Küche von einem hiesigen Arzt in Zahlung genommen, der sich bei uns eine neue Küche kaufte. Diese Küche ist sehr gut erhalten und wird von uns noch aufgefrischt. In der Mitte des Untersatzes des Büfetts befind. sich 4 Schubladen, der Aufsatz ist geschweift, ebenso die Kredenz. Wenn Sie für eine komplette Küche nicht mehr als 125 ℳ ausgeb. wollen, so müssen Sie hier sofort zugreifen. Eine solche Gelegenheit bietet sich nicht oft.

Möbelhaus Marx Kahn
Karlsruhe, Waldstr 22
(neben Colosseum)

D. Schäferhund andressiert, **1 Schnauzer, 1 Rehpinscher** billig zu verkaufen
Dressur-Anstalt
Klemm, Karlsruhe
Rintheimerstraße 33.